

## **Plenar-Pressegespräch**

**Montag, 8. Mai 2023, 10 Uhr**

**Vorstellung der Initiativen der CDU-Landtagsfraktion  
für die Plenarsitzungen**

**am 10., 11. und 12. Mai 2023**

mit dem

Vorsitzenden

der CDU-Landtagsfraktion

**Gordon Schnieder, MdL**

der seniorenpolitischen Sprecherin

der CDU-Landtagsfraktion

**Anette Moesta, MdL**

und Sprecher für Krankenhauspolitik

der CDU-Landtagsfraktion

**Torsten Welling, MdL**

- 1. Entschließungsantrag: ÖPNV langfristig denken –  
Deutschlandticket für alle Schüler einführen.  
kostenlos.einfach.mobil.**
- 2. Antrag: Entschlossen dem Ärztemangel entgegenwirken –  
Ausweitung der Studienplatzkapazität im Fach Humanmedizin  
in RLP**
- 3. Gesetzesentwurf: Seniorenteilhabe- und Mitbestimmungsgesetz**
- 4. Weitere Anträge**
  - 4.1. Feuerwehren stärken, Förderung verbessern –  
Zweckentfremdung der Feuerschutzsteuer beenden**
  - 4.2. Anmerkungen zur Großen Anfrage:  
Situation der Kitas nach dem Kita-Zukunftsgesetz**
  - 4.3. Aussprache Klimaschutzbericht**

## **Vorwort:**

In dieser Woche kommt der rheinland-pfälzische Landtag zu einer dreitägigen Plenarsitzung zusammen. Dabei ist eines direkt zu Beginn zu sagen: Wir als CDU-Fraktion bestimmen dieses Plenum maßgeblich mit.

Zum Vergleich: Die Fraktion der Freien Wähler reicht eine Initiative ein, die Fraktionen der Landesregierung drei – wir reichen sechs Plenarinitiativen ein!

Alleine dieser Zahlenvergleich macht deutlich: Wir haben Ideen. Wir gestalten Inhalte. Wir machen Politik.

## **1. Entschließungsantrag**

### **ÖPNV langfristig denken – Deutschlandticket für alle Schüler einführen. kostenlos.einfach.mobil**

**Schülerinnen und Schüler sind eine der größten Nutzergruppen im ÖPNV.** Sie nutzen die Verkehrsmittel nicht nur für den täglichen Schulweg. Auch viele schulische Aktivitäten wie Ausflüge und Klassenfahrten basieren auf der Verfügbarkeit von Bus und Bahn. **In der Freizeit und im Sport sind Schulpflichtige bis zur Volljährigkeit auf den öffentlichen Verkehr angewiesen oder abhängig von ihren Eltern.** Die kostenfreie Nutzung des regionalen ÖPNV ist für nahezu die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz die Regel.

Die Schülerbeförderung erfolgt schon heute in der Regel im Rahmen des ÖPNV. Allgemeine Nahverkehrsangebote, die Nutzung durch Schülerinnen und Schüler und die daraus resultierenden Finanzierungsströme bedingen sich gegenseitig. Während im Jahr 2014 das Land noch 90 Prozent der Kosten der Schülerbeförderung übernommen hat, ging dieser Wert in den vergangenen Jahren auf rund 60 Prozent zurück.

**Die Schülerbeförderung in Rheinland-Pfalz erfolgt derzeit durch die Schulträger.** Das geltende Recht weist große Schwächen auf. Viele Schülerinnen und Schüler wohnen nicht in der gleichen Kommune, in der sie die Schule besuchen. Unabhängig davon gelten unterschiedliche Voraussetzungen für eine Kostenübernahme abhängig von der Entfernung zwischen Wohnung und Bildungseinrichtung, auch differenziert nach dem Alter der beförderten Schülerinnen und Schüler. **Damit entsteht gerade bei Gruppenaktivitäten ein zusätzlicher sozialer Sprengstoff, wenn nicht alle Schülerinnen und Schüler die gleiche finanzielle Unterstützung oder gar keine Fahrtberechtigung im ÖPNV haben.**

**Die Tickets von Schülerinnen und Schüler gelten nur für den Schulweg oder höchstens bis zur Grenze des aktuellen Verkehrsverbunds.** Diese Regel war schon bisher nicht zeitgemäß. **Wichtige Schritte für die Zukunftsfähigkeit des ÖPNV wurden mit dem sogenannten 49-Euro-Ticket unternommen.** Dadurch entsteht nun aber ein noch **größerer Flickenteppich** und **massive Ungerechtigkeiten zwischen Schulträgern**, die als günstigstes Ticket das 49-Euro-Ticket einführen können und Schulträgern, die das nicht dürfen. Zudem verschärft sich die Ungerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler, die keine Tickets und schon gar keine 49-Euro-Tickets erhalten. Ein massives Zuständigkeits-, Leistungs- und Finanzierungswirrwarr ist die Folge.

Hieraus müssen daher auch für die Schülerbeförderung die nötigen Schritte abgeleitet werden. Das deutschlandweite Ticket für den Nahverkehr wird mit einem für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbaren und lukrativen Angebot Anreize schaffen. Auch Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz werden ein großes Interesse an dem Angebot haben. Nimmt man die Mobilitätswende ernst, müssen die Schülerinnen und Schüler so früh als möglich an den ÖPNV herangeführt werden und so durch den Kohorten-Effekt eine langfristig stärkere Nutzung des ÖPNV erreicht werden. Dabei darf eine überholte Verkehrsverbundstruktur nicht Hindernis für zukunftsweisende Mobilitätskonzepte sein. Durch die Haltung der Landesregierung (siehe DRS 18/5956) soll aber dieser Flickenteppich zementiert und zukunftsweisende Ticketstrukturen verhindert werden. Dies gilt es zu verhindern.

## **Unsere Forderungen:**

- 1. In Rheinland-Pfalz sollen alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von Alter, Schulart oder Entfernung zur Schule kostenlosen Zugang zum Deutschland-Ticket erhalten.** Diese Regelung ersetzt die bisherigen Vorschriften zur Schülerbeförderung, welche entsprechend geändert werden sollen.
- 2. Die Kosten hierfür trägt das Land.** Dabei ist die Finanzierung der Deutschlandtickets für alle Schülerinnen und Schüler nicht zu Lasten des Kommunalen Finanzausgleichs oder allgemeiner Zuweisungen an die Kommunen zu leisten.

## **2. Antrag**

### **Entschlossen dem Ärztemangel entgegenwirken – Ausweitung der Studienplatzkapazität im Fach Humanmedizin in RLP**

Die Bundesrepublik Deutschland leidet unter einem zunehmenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten. Aufgrund des demographischen Wandels wird sich diese Entwicklung noch verstärken. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es zu wenige Ärztinnen und Ärzte. Dies zeigen u.a. erneut die Antworten auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion „Aktuelle Situation der Notarztstandorte“ (Drs. 18/5274/5818).

Um diesem Mangel zu begegnen hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach mit der Forderung nach 5.000 zusätzlichen Medizinstudienplätzen reagiert. **In der Statistik Einwohner je Medizinstudienplatz liegt Rheinland-Pfalz auf den hinteren Plätzen.** Aber die Universitätsmedizin in Mainz alleine verfügt, auch nach Aussagen der Landesregierung, nicht über genügend Kapazitäten, um den Bedarf an weiteren Studienplätzen zu decken. Insbesondere die klinische Ausbildung ab dem 5. Fachsemester ist momentan ohnehin schon überlastet. Bislang war die Landesregierung nicht bereit, auf die Einrichtung weiterer Medizinstudienplätze hinzuwirken.

**Ein Baustein der Lösung, mindestens für den Norden des Landes, aber auch darüber hinaus könnte die Gründung einer hochschulmedizinischen Ausbildungsstätte in Form eines Medizincampus in Koblenz sein.** Wie in der Kleinen Anfrage des Abg. Matthias Lammert von 9.2.2023 „Sachstand zur Gründung des Medizincampus Koblenz“ (Drs. 18/5257/5421) ausgeführt, hat das Land Rheinland-Pfalz das Eckpunktepapier „Aufbau eines weiteren Standorts für die Klinische Phase des Medizinstudiums der Universitätsmedizin Mainz, Campus Koblenz“ aus dem Jahr 2018 bis heute nicht umgesetzt, obwohl es an solchen Plätzen für Medizinstudenten in Rheinland-Pfalz fehlt. Des Weiteren ist danach die Bundeswehr bereit, einen zweistelligen Millionenbetrag für die Weiterentwicklung von Forschung und Lehre am Bundeswehrzentral Krankenhaus (BwZK) Koblenz zu investieren.

**Unter Federführung des Bundeswehrzentralkrankenhauses Koblenz ist ein schnell umsetzbares und zukunftsweisendes Konzept erarbeitet worden, das die Kompetenzen weiterer Kliniken der Region mit einbezieht.** Zusätzlich ist die Bereitschaft des Bundes, sich über das Bundeswehrkrankenhaus auch finanziell in die Umsetzung des Konzeptes einzubringen, eine großartige Chance für die Sicherung und Vernetzung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz. Demgegenüber wäre es von Nachteil, wenn das Bundeswehrkrankenhaus alternativ eine Kooperation mit einer Uniklinik außerhalb von Rheinland-Pfalz einginge. Das BwZK Koblenz hat bereits mit der Uniklinik Bonn die Zusammenarbeit intensiviert.

Daher begrüßt die die CDU-Fraktion, dass die Landesregierung ihre bisher zu zögerliche Haltung aufgeweicht hat und in Gespräche über die Einrichtung eines Medizincampus in Koblenz aktiv eingetreten ist. Gleichzeitig kann das nur ein erster Schritt sein, dem weitere Folgen müssen, um dem Ärztemangel in Rheinland-Pfalz nachhaltig zu begegnen.

## Unsere Forderungen:

1. **Die zeitnahe Gründung des Medizincampus in Koblenz**, um weitere klinische Ausbildungskapazitäten zu schaffen.
2. parallel zur Ausweitung der klinischen Ausbildung, muss auch das Angebot an vorklinischer Ausbildung erweitert werden. Ziel muss sein: **in Rheinland-Pfalz unverzüglich mindestens 200 zusätzliche Studienplätze (vorklinische und klinische Ausbildung) pro Jahr für Humanmedizin zu schaffen**, um junge Menschen als Nachwuchsärzte zu gewinnen. Dabei sind alle Möglichkeiten hinsichtlich verschiedener Kooperationsmodelle und Erweiterungskapazitäten in Betracht zu ziehen.

### 3. Gesetzesentwurf: Seniorenteilhabe- und Mitbestimmungsgesetz

Mit dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion für ein Landesgesetz zur Beratung, Information und Unterstützung alter Menschen bei Teilhabe und Mitwirkung (Seniorenteilhabe- und Mitwirkungsgesetz – STMG) **soll eine flächendeckende Grundstruktur zur Beratung, Information und Unterstützung alter Menschen hinsichtlich Mitwirkung und Teilhabe gefördert und dadurch aufgebaut werden**. Die Dichte der bestehenden Angebote, ihre Ausstattung und ihre Konzeptionen sind noch sehr unterschiedlich. Der Gesetzentwurf ermöglicht einen Lückenschluss durch geförderten Ausbau der Angebote und begründet durch Seniorenlotsen als Ansprechpartner und Servicestellen eine neue Entwicklung der Möglichkeiten und Inanspruchnahme von Mitwirkung und Teilhabe alter Menschen.

**Das Land soll auf Antrag angemessene Personalkosten und Sachkosten für Seniorenlotsen zur Beratung, Information und Unterstützung alter Menschen fördern, um**

1. alte Menschen über Möglichkeiten von Teilhabe und Mitwirkung zu informieren,

2. bei der Klärung des Teilhabe- und Mitwirkungsbedarfs alter Menschen mitzuwirken,
3. alte Menschen bei der Verwirklichung ihrer Teilhabe- und Mitwirkungswünsche zu unterstützen,
4. alte Menschen beim Erfahrungsaustausch zu Teilhabe und Mitwirkung zu begleiten,
5. Teilhabe- und Mitwirkungsangebote für alte Menschen zu beobachten und auszuwerten,
6. neue Angebote und Leistungen der Teilhabe und Mitwirkung alter Menschen anzuregen und zu erbringen,
7. zur Vernetzung und Weiterentwicklung von Angeboten und Leistungen der Teilhabe und Mitwirkung alter Menschen beizutragen und
8. ehrenamtliches Engagement für Teilhabe und Mitwirkung alter Menschen zu gewinnen und zu unterstützen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU „Teilhabe-möglichkeiten älterer Menschen in den Kommunen in Rheinland-Pfalz“ (Drs. 18/2127/2513) hat gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht, um die Potentiale alter Menschen durch gezielte Teilhabeangebote zu nutzen und damit sowohl ihren Belangen gerecht zu werden, als auch ihre Kompetenzen und Erfahrungen in die Gesellschaft einzubringen. Die Landesregierung hat hierzu kein ausreichendes Konzept.

**Das Projekt Gemeindegewester plus kann die gewollte Förderung von Teilhabe und Mitwirkung für alte Menschen nicht bedarfsgerecht leisten.** Es richtet sich hinsichtlich der Zielgruppe nämlich an hochbetagte Menschen (ab 80 Jahren) und das Thema Teilhabe ist nur eines von mehreren weiteren wie z.B. soziale Leistungen, ge-



sundheitliche und hauswirtschaftliche Versorgung, Wohnsituation und Fragen im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit. Die Förderung von Teilhabe und Mitwirkung alter Menschen alleine durch sie kann also nicht erfolgreich sein.

## **4. Weitere Anträge**

### **4.1. Feuerwehren stärken, Förderung verbessern – Zweckentfremdung der Feuerschutzsteuer beenden**

**Das Aufgabenspektrum unserer Feuerwehren ist breit. Sie bilden den zentralen Baustein der kommunalen Sicherheitsarchitektur und stehen für die Abwehr unterschiedlichster Gefahren.**

Die vielen unterschiedlichen Gefahrenszenarien, denen sich unsere Feuerwehren gegenübersehen, erfordern eine hoch differenzierte und moderne Ausstattung. Zumal es sich hier nicht um einen statischen Zustand handelt

Die kommunalen Spitzenverbände haben jüngst gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband moniert, dass die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer nicht im gesetzlich vorgesehenen Umfang zur Förderung des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes eingesetzt werden.

#### **Unsere Forderungen:**

1. Einen gesetzeskonformen Einsatz der Mittel aus der Feuerschutzsteuer sicherzustellen. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer muss den Feuerwehren zufließen und darf nicht zur Finanzierung von Landesaufgaben missbraucht werden.
2. Die Festbetragsübersicht-Fahrzeuge (FBÜF) umgehend so anzupassen, dass - wie ursprünglich vorgesehen - die Beschaffungskosten zu 33% als Richtgröße über Festbeträge gedeckt werden.

## 4.2. Anmerkungen zur Großen Anfrage: Situation der Kitas nach dem Kita-Zukunftsgesetz

Die Landesregierung schreibt an zahlreichen Stellen der Beantwortung der Großen Anfrage, sie habe keine Infos über Sachverhalte oder sei nicht zuständig. Man fragt sich, wie die Landesregierung glaubt, Entscheidungen für die Kitas treffen zu können, wenn sie solche zentralen Informationen nicht hat.

Es liegen der Landesregierung beispielsweise keine Erkenntnisse vor:

Über Öffnungszeiten der Kitas an Samstagen und Schließzeiten der Kitas in den Sommerferien, über die Anzahl der Eltern auf einer Warteliste für einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte, über die Zahl der offenen, unbesetzten Stellen in Kindertagesstätten, über die Zahl der Personen, die in der Kindertagespflege arbeiten, über die Gesamtausgaben für die Kindertageseinrichtungen in Rheinland-Pfalz, über die Verteilung der Kosten auf die einzelnen Kostenträger.

Abschließend stört es, dass einige Zahlen aus 2007 sind, andere gibt es nur aus den Jahren 2017 oder 2018, **neuere Zahlen aber sind bei vielen Antworten oft nicht vorhanden**. Auch dies ist ein deutlicher inhaltlicher Malus der Beantwortung dieser Großen Anfrage.

**Man fragt sich: Was genau hat die Landesregierung bei den Jugendämtern, den Stadtverwaltungen, den Kreisverwaltungen und den weiteren Trägern der Kitas abgefragt? Warum gibt es große Lücken in der Erfassung elementarer Fragen?**

### 4.3. Aussprache Klimaschutzbericht

- **Wasser.** Nach dem Abschmelzen der Alpengletscher und jahreszeitlicher Verlagerung der Regenfälle müssen wir endlich Winterregenfälle für Dürresommer technisch speichern. Wir brauchen (auch zur Starkregenvorsorge!) Wehre, Talsperren, Regenrückhaltebecken, flächendeckend Landesförderung für Regenrückhaltung in der Landwirtschaft, gezielte Grundwasseranreicherung durch Winterbewässerung etc. Und was macht das Land? Wenig bis nichts. Oft leider sogar das falsche.
- **Wald.** Die Temperaturen steigen schneller, als der Wald sich anpassen kann. Die Folge: Wälder verdorren und der Borkenkäfer hat leichtes Spiel. Wir brauchen (auch zur Waldbrandvorsorge!) „hands on“ im Klimawald. Konkret bedeutet das: **Kultivierung klimafester Baumarten und Ernten unserer wertvollen Baumbestände (vor allem für die Umstellung unserer Bauwirtschaft) bevor die Bäume verdorren und verbrennen, flächendeckend Regenrückhaltung im Wald (statt weniger Modellprojekte) und Entfernung von Totholz entlang der Waldwege auch in Naturschutzflächen (wird bisher regelmäßig verhindert), damit die Feuerwehrbrandschneisen anlegen kann.**
- **Wärme.** Mainz beispielsweise hat sein Fernwärmenetz. Bislang wird die Wärme durch Verbrennungsprozesse erzeugt. Dabei liegt unter den Füßen der Landeshauptstadt und des ganzen Oberrheingrabens ein großer Schatz: Tiefengeothermie. Unser Vorbild ist die Landeshauptstadt München. Sie versorgt ihr Fernwärmenetz bereits heute durch Tiefengeothermie komplett klimaneutral und ermöglicht so Mietern, Eigentümern, Geschäften und kleinen wie großen Unternehmen eine komplett klimaneutrale Wärmeversorgung mitten in der Großstadt. Und bei uns? In der Landesregierung wird beim Thema Tiefengeothermie immer noch nur geredet, nicht gehandelt.

- **Wohnen.** Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Landwirtschaft, Kommunen und unsere rheinland-pfälzische Industrie sind schon heute Motor der Klimaanpassung und der Energiewende. Es ist gut, dass die Landesregierung beispielsweise mit dem Bauherrenpreis „H.ausgezeichnet“ solche Initiativen auszeichnet und den Fokus auf Projekte lenkt, die gelungen sind, die jeder nachahmen kann, die gut sind für den Klimaschutz und nebenbei viel Geld sparen.